

Rezensionen / Book Reviews

**Cordia Baumann / Sebastian Gehrig / Nicolas Büchse (Hg.),
Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in
den 1970er Jahren, Universitätsverlag Winter: Heidelberg
2011. 325 Seiten. € 46,00**

Nachdem die „Neuen Sozialen Bewegungen“, die sich in den 1970er Jahren in Westeuropa entwickelten, bereits seit den frühen 1980er Jahren zum Gegenstand einer intensiven sozial- und politikwissenschaftlichen Bewegungsforschung wurden, werden diese nun auch von der Geschichtswissenschaft entdeckt. Ein im letzten Jahr erschienener Sammelband vereint Beiträge von Nachwuchswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen, die auf einer Tagung in der Akademie der Wissenschaften zu Heidelberg im September 2009 präsentiert wurden. Die HerausgeberInnen beziehen sich in ihrer Einleitung explizit auf zwei theoretische Modelle aus den Sozialwissenschaften, die sie für die Analyse fruchtbar machen wollen. Das ist zum einen das in Deutschland vor allem von Forschern wie Dieter Rucht, Roland Roth und Joachim Raschke ausgearbeitete Konzept von sozialen Bewegungen, in dem diese als auf „sozialen Wandel“ zielende „kollektive Akteure“ definiert werden. Die „Neuen Sozialen Bewegungen“ werden dabei in Abgrenzung zu „alten“ Bewegungen wie der Arbeiterbewegung als in sich heterogene, aber doch zugleich in wesentlichen Merkmalen zusammenhängende „Bewegungsfamilie“ betrachtet. Zum anderen beziehen sich die HerausgeberInnen auf soziologische Untersuchungen zu sozialen Milieus in der Bundesrepublik. Die Neuen Sozialen Bewegungen erscheinen vor diesem Hintergrund als Ausdruck einer sich verändernden Sozialstruktur, einer Erosion alter und der Herausbildung neuer, stärker von Individualisierung und Lebensstilorientierungen geprägter Milieus. In diesem Sinne fragen die HerausgeberInnen

nach dem Verhältnis von Neuen Sozialen Bewegungen zu einem sich in den 1970er Jahren herausbildenden linksalternativen Milieu.

In einem einführenden Artikel versucht Dieter Rucht, Exponent der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung in Deutschland, die Konzepte „linksalternatives Milieu“ und „Neue Soziale Bewegungen“ voneinander zu unterscheiden. Für Rucht bildet ersteres einen „soziokulturellen Erfahrungs- und Interaktionsraum“ (S. 38), der den Nährboden für die Herausbildung unterschiedlicher sozialer Bewegungen in den 1970er und 1980er Jahren gebildet habe. Im Unterschied zum linksalternativen Milieu handle es sich bei Bewegungen um „zielgerichtete [...] kollektive Akteure“ (S. 40), die sich aus unterschiedlichen Milieus zusammensetzen könnten. „Linksalternative Milieus“ seien die gemeinsame soziokulturelle Basis vieler sozialer Bewegungen der Jahre nach 1968, insofern trage ihre Untersuchung zur Forschung über die „Neuen Sozialen Bewegungen“ bei. Verkompliziert wird diese Unterscheidung allerdings dadurch, dass Rucht dem Milieu eine „ausdrückliche *politische* Prägung“ attestiert und es unter anderem von den linksradikalen und kommunistischen Gruppen der Zeit abzugrenzen versucht. Unklar bleibt hier sowohl, welchem Milieu dann beispielsweise Anhänger von DKP und K-Gruppen zuzuordnen wären, als auch die Frage, ob die linksoppositionellen und gegenkulturellen Szenen der späten 1960er Jahre bereits Teil dieses Milieus oder seine Vorläufer waren.

Neben der Einführung und zwei rahmenden Texten umfasst der Sammelband zehn Einzelstudien, die aus zeithistorischer, politik-, literatur- oder filmwissenschaftlicher Perspektive unterschiedliche Aspekte des Themas beleuchten. Mit einem Artikel von Jacco Peckelder, der die bisherige zeithistorische Forschung zu den 1970er Jahren in den USA und Westeuropa und deren zentrale Deutungsmuster vergleicht, einem Beitrag Andrea Hajeks zu Transformationen im linksalternativen Milieu Italiens und einer vergleichenden Analyse Regina Wicks zur Berichterstattung über die Friedensbewegung in westdeutschen und britischen Zeitungen werden auch Prozesse in anderen Ländern in den Blick genommen. Im Fokus

der übrigen Beiträge stehen allerdings Entwicklungen in Westdeutschland. Schwerpunkte bilden dabei die Frauenbewegung, die in drei Beiträgen thematisiert wird, und der Wandel in den Kirchen. Die Artikel von Barbara Rupflin und Christian A. Widmann untersuchen diesen am Beispiel der katholischen und evangelischen Studentengemeinden, in denen sich nach 1968 eine deutliche Linkswendung vollzog.

Barbara Rupflin veranschaulicht am Beispiel der Chile-Solidarität der Katholischen Studentengemeinde (KSG) in Münster nach dem Putsch 1973 die linke Politisierung einer katholischen Einrichtung, die von innerkirchlichen Auseinandersetzungen begleitet war. Dabei entfernte sich die KSG immer weiter vom katholischen Kernmilieu, ohne einen endgültigen Bruch mit diesem zu vollziehen. Gegenüber Narrativen von der Auflösung des katholischen Milieus versucht Rupflin die Ausdifferenzierung und „innere Pluralisierung des Katholizismus“ (S. 193) aufzuzeigen, die sich unter dem Einfluss der 68er-Ideen vollzogen habe und in den folgenden Jahren in der Beteiligung an sozialen Bewegungen zum Ausdruck gekommen sei. Christian A. Widmann knüpft in seinem Beitrag zum Linksprotestantismus ebenfalls an Milieutheorien an, um die Politisierung der Evangelischen Studentengemeinden nachzuzeichnen. Stärker als Rupflin arbeitet er dabei die Konflikte mit den Kirchenleitungen heraus, die an manchen Orten eskalierten. In beiden Beiträgen wird deutlich, dass den konfessionellen Studentengemeinden nicht nur eine infrastrukturelle Funktion für soziale Bewegungen zukam. Sie trugen vielmehr auch zur konfliktbeladenen Diffusion linker Ideen in traditionelle Institutionen und andere gesellschaftliche Milieus bei.

Die Infrastruktur linker Bewegungen thematisiert auch Uwe Sonnenberg, der in seinem Beitrag Entstehung, Bedeutung und Zerfall des „Verbands des linken Buchhandels“ (VLB) untersucht. Vor dem Hintergrund eines gestiegenen Interesses an linker Literatur entstand dieser 1970, um die Zusammenarbeit der einzelnen Verlage, Vertriebe und Läden zu koordinieren und „Gegenöffent-

lichkeit“ herzustellen. Für Sonnenberg stellten diese Kleinbetriebe wichtige institutionalisierte Orte des linksalternativen Milieus dar, der linke Buchhandel wirkte dabei als ein „Netzwerk innerhalb der Netzwerke“ (S. 161).

Die innere Heterogenität sozialer Bewegungen steht in den Beiträgen von Eva-Maria Silies und Andrea Hajek im Vordergrund. Silies betont am Beispiel der Neuen Frauenbewegung nicht nur deren dezentrale Organisation und kleinteilige Struktur, sondern auch, dass sie sich durch eine „thematische und strukturelle Vielfalt und Diversität“ auszeichnet habe (S. 106). Sie illustriert dies an Debatten innerhalb der Bewegung zu Fragen von Verhütung und Mutterschaft. Silies konstatiert eine „enge Verzahnung von weiblichem linksalternativem Milieu [...] und der Frauenbewegung als Neuer Sozialer Bewegung“ (S. 96), weist aber auch darauf hin, dass der klare Bezug auf das Ursprungsmilieu zunehmend verloren ging und Teile der Bewegung sich konservativen Vorstellungen annäherten. Hajek untersucht in ihrem Beitrag die „77er-Bewegung“ in Italien als zweite große Protestwelle nach 1968/69. Dabei zeigt sie, wie das linksalternative Milieu Italiens in den 1970er Jahren geprägt wurde durch ein gewandeltes Verhältnis zur Gewalt, Krisenfolgen wie steigende Jugendarbeitslosigkeit, die Verweigerung traditioneller Arbeitsethik und den politischen Bruch mit der traditionellen Linken, insbesondere der Kommunistischen Partei (PCI). Die Bewegung, die sich seit Ende 1976 ausgehend von Demonstrationen und Universitätsbesetzungen im Land ausbreitete, lasse sich allerdings nur schwer in das Konzept sozialer Bewegungen im Sinne der Bewegungsforschung einordnen. Denn die kollektive Identität der 77er-Bewegung habe sich nicht aus gemeinsamen Zielen, sondern aus einem „*feeling of belonging*“ (S. 120) gespeist, das in Festivals, Graffiti, Musik oder Kleidungsstilen zum Ausdruck gebracht worden sei. Hinzu sei eine ausgeprägte Zersplitterung des alternativen Milieus gekommen. Hajek unterscheidet dabei drei Gruppen mit jeweils eigenen Identitäten: die *creativi*, die mit gegenkulturellen

Formen experimentierten, die politisch organisierten und militant agierenden *autonomi* und die *feministe* der Frauenbewegung.

Die im Vergleich zu anderen Bewegungen der 1970er Jahre vergleichsweise gut erforschte Neue Frauenbewegung wird auch in zwei weiteren Beiträgen des Bandes thematisiert. Während Claudia Lindner Leporda am Beispiel der Kinderladen-, Abtreibungs- und „Lohn für Hausarbeit“-Kampagnen und unter Bezug auf geschlechtertheoretische Körper- und Raumkonzepte die Infragestellung tradierter Grenzziehungen zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen analysiert, untersucht Beate Schappach Symbole wie die Doppelaxt oder die Regenbogenfahne und weist auf deren identitätsstiftende Bedeutung für die Frauen-, Lesben- und Schwulenbewegungen hin.

Abgeschlossen wird der Band durch zwei Beiträge zur künstlerischen Verarbeitung und Inszenierung linker Proteste. Julia Zuva-tern setzt sich mit dem Film *Ich bin ein Elefant, Madame* (1969) von Peter Zadek auseinander, der die Rebellion einer Bremer Schulklasse mit Stilmitteln wie Ironie und Parodie behandelt und damit gleichzeitig die Öffentlichkeit und die Linke provozierte. Den zehn Jahre später erschienenen Roman *Die Glücklichen* von Peter Paul Zahl liest Jan Henschen dagegen als „(Selbst-)Inszenierung des linksalternativen Milieus“ (S. 307), dessen Geschichte Zahl am Beispiel eines anarchistischen Pärchens in Berlin-Kreuzberg erzählt.

Der Sammelband liefert Erkundungen des historiographisch bislang kaum untersuchten Feldes sozialer Bewegungen und alternativer Milieus der 1970er Jahre. Dabei orientieren sich viele Beiträge stark an den theoretischen Bewegungs- und Milieu-Konzepten der Sozialwissenschaften. Auch wenn eine Unterscheidung zwischen zielgerichtet agierenden Bewegungen und soziokulturellen Milieus überzeugend erscheint, wirkt der Begriff des „linksalternativen Milieus“ noch relativ unscharf. Da viele Initiativen und Protestphänomene des Jahrzehnts noch kaum erforscht sind, dürfte ein genauerer Blick auf die Trägerinnen und Träger der Bewegungen, ihre

soziale Herkunft und ihre Interaktionen für kommende Forschungen fruchtbar sein.

David Templin

**Michael März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst.
Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des
„starken Staates“ 1977–1979, Transcript Verlag: Bielefeld
2012. 416 Seiten. € 32,80**

Eine Beerdigung als Ausgangspunkt einer Darstellung der Geschichte der Linken in den bundesdeutschen Spätsiebzigern zu nehmen, klingt außergewöhnlich. Freilich geht es in Michael März' Dissertation über „Linken Protest nach dem Deutschen Herbst“ nicht um irgendeine Todesfeier, sondern um die Bestattung von Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe am 27. Oktober 1977 auf dem Dornhaldenfriedhof in Stuttgart-Degerloch – eine Bestattung, die etwa durch Volker Schlöndorffs Beitrag für den Episodenfilm *Deutschland im Herbst* oder die Fotografien von Max Dans in das visuelle Gedächtnis Eingang gefunden hat. Zahlreiche Städte und Gemeinden weigerten sich damals, den Toten einen Platz auf ihrem Friedhof einzuräumen. Erst der Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel, gestattete mit dem Hinweis auf „das Ausland“, das eine humanitäre Geste der Bundesrepublik sicher positiv registrieren werde, das Begräbnis auf dem erst drei Jahre zuvor eröffneten Waldfriedhof in einem Vorort von Stuttgart – weit abgelegen, um jeglichen potentiellen Besucherstrom zu minimieren.

März will in seiner Arbeit die „Denk-, Fühl- und Handlungsweisen“ des linken Spektrums im Zeitraum 1978–79 erfassen. Daraus möchte er Schlussfolgerungen über den Umgang mit den einschneidenden Ereignissen im so genannten Deutschen Herbst – „besonders im Hinblick auf ihr Verhältnis zum Staat“ (S. 33) – zie-

hen. Für ihn gestaltet sich die in einem Prolog geschilderte Beerdigung zu einem Sinnbild der Situation am Ende des sozialdemokratischen Jahrzehnts: Eine tausendköpfige Trauergemeinde steht einem etwa ebenso großen Polizeiaufgebot und aufgebrachten Bürgern gegenüber, die sich abschätzig gegenüber den Toten und den Trauernden äußern. Für März spiegeln sich darin die Konfrontation und zugleich die Erstarrung in eben jener Konfrontation.

Dass sich das linke Spektrum aber in der Zeit nach dem so genannten Deutschen Herbst gar nicht erstarrt zeigte, legen vier Detailstudien nahe, mittels derer März den Zeitraum bis 1979 vermisst. Neben den Gefangenen- und Angehörigeninitiativen im Umfeld von RAF, Bewegung 2. Juni und Revolutionären Zellen beschäftigt er sich mit dem Berliner „Tunix“-Kongress (Januar 1978), dem dritten Russelltribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik (März / April und August 1979) und dem Internationalen Kongress für und über Rudolf Bahro (November 1978). Alle drei Ereignisse waren für das linke Spektrum zwischen der Sozialdemokratie, der undogmatischen Linken und den K-Gruppen von zentraler Bedeutung.

Das Verhältnis der Linken zum Staat sei in dieser historischen Phase zwar nicht ohne die Ereignisse rund um Schleyer- und Landshut-Entführung und die Toten von Stammheim zu verstehen, es fundiere jedoch letztlich auf den politischen Erfahrungen der Anti-Notstandsbewegung, so März. Diese Bewegung sei der zentrale, spektrenübergreifende Kern von „68“ gewesen, in der „staatskritische“ und „staatsferne“ Linke zusammengearbeitet hätten. Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 und dem Zerfall der Bewegung hätten sich „zwei gesonderte protestpolitische Linien“ entwickelt (S. 21), die sich knapp zehn Jahre später nahezu unversöhnlich gegenüber standen. März weist auf verschiedene Aspekte hin, um die von ihm konstatierte Konfrontation zu erklären. Neben den unterschiedlichen Praxisformen linker Gruppierungen in den Siebzigern seien vor allem die Erfahrungen mit der keynesianischen Sozialdemokratie von Bedeutung. Deren geschicktes

Spiel mit Integration und Ausgrenzung – Amnestiegesetz und Extremistenbeschluss – sowie die ökonomischen Grenzen staatlicher Gestaltungskraft, die sich in der Ölkrise 1973 manifestierten, sieht der Autor als zentrale Eckdaten.

Ein theoretischer Teil nähert sich zentralen Begriffen der linken Theoriebildung in den Siebzigern. Einmal steht hier der Repressionsbegriff im Mittelpunkt. März beschäftigt sich mit seiner Herleitung über eine sozialpsychologische Gesellschaftstheorie, benennt dazu die Arbeiten von Herbert Marcuse und den Einfluss der Psychoanalyse. Leider bricht er allzu früh ab und lässt Marcuses insbesondere für die Zeit um 1968 so zentralen Begriff der „repressiven Toleranz“, mit dem er sich der Wohlstandsgesellschaft annähert, außen vor. Zudem fehlt die Gegenthese zu Marcuse völlig: Michel Foucault, der in Bezug auf die Rolle der Sexualität in „Sexualität und Wahrheit“ in den Siebzigern ein völlig anderes Verständnis von Repression als produktives, hervorbringendes und eben nicht unterdrückendes und verbietendes Moment entwickelt hat, wurde innerhalb der Linken breit und kontrovers diskutiert – Foucault selbst hat schließlich auch, wie März erwähnt, an einem der dargestellten Ereignisse, dem „Tunix“-Kongress, teilgenommen.

Darüber hinaus skizziert der Autor die gesellschaftstheoretische Auseinandersetzung mit der Rolle der sozialliberalen Regierung, die ihre Politik mit dem Slogan vom „Modell Deutschland“ illustrierte. Statt sich breit mit der Genese eben dieses Slogans in der SPD-Führung auseinander zu setzen, hätte sich März allerdings besser intensiver mit den zeitdiagnostischen Studien zum „Modell Deutschland“ beschäftigen sollen. Dann wäre ihm sicher auch nicht die Fehleinschätzung unterlaufen, Joachim Hirsch habe mit seinem damals viel diskutierten Buch *Das ‚Modell Deutschland‘, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen* „eine Art Verschwörungstheorie“ (S. 110) vorgelegt. Entwickelt Hirsch doch hier und in weiteren Schriften mit dem Sicherheitsstaat einen nahezu dialektischen Begriff von Sicherheit, der die sozialen Sicherungssysteme mit den Gesetzen der Inneren Sicherheit zusammendenkt und somit die

zeitgenössische Kritik am Nachkriegsfordismus zum Ausdruck bringt: Diese normierende Lebensweise ist es, aus der viele, die sich dem linken Spektrum zuordnen, ausbrechen wollten – und nicht wenige nahmen die Analysen von Hirsch und anderen zum Ausgangspunkt eben dieses Ausbruchs.

Der Text bietet im Weiteren eine akribische, detailreiche Darstellung der treffsicher ausgewählten, für den benannten Zeitraum prägnanten Protestereignisse: Alle entstanden natürlich im Kontext der Ereignisse von 1977. Allerdings stehen sie auch in der Tradition der jeweiligen politischen Spektren, die sie initiierten und markieren insofern nicht allein einen neuen Aufbruch nach dem Deutschen Herbst. Das Russelltribunal ging beispielsweise auf eine liberale Linke zurück, die sich, wie das Sozialistische Büro, schon zu Beginn der sozialliberalen Ära für ein Amnestiegesetz eingesetzt und schon 1972 von den bewaffneten Gruppen distanziert hatte. Zudem führte das Russelltribunal nicht nur zu einer Zusammenführung verschiedener Spektren der Linken; es führte auch, zumindest organisatorisch, zu einer weiteren Aufspaltung. Während die menschenrechtsorientierte Fraktion im Sozialistischen Büro das Komitee für Grundrechte und Demokratie gründete, sollte ein verkleinertes und um manche ehemalige Hauptakteure reduziertes Sozialistisches Büro weiter existieren.

März' Fazit ist, dass das linke Spektrum zehn Jahre nach 1968 und am Ende des sozialdemokratischen Jahrzehnts wieder verstärkt „den gegenseitigen Dialog und die Zusammenarbeit“ (S. 390) gesucht habe. Die Linke sei schließlich unter Zugzwang gewesen, um aus ihrer „längst absehbaren politischen und moralischen Defensive“ heraus zu finden (ebd.). Am Ende dieses schwierigen Prozesses habe die Erkenntnis der Linken gestanden, „dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht nur die Basis der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern auch ihres eigenen politischen Spielraums und gesellschaftlichen Veränderungspotentials“ sei (ebd.). Damit ist man wieder da angekommen, wo Wolfgang Abendroth – der übrigens von März vom Mitbegrün-

der des Sozialistischen Bundes (SB) zum Mitglied des Sozialistischen Büros (Abkürzung ebenso: SB), das er nie war, gemacht wird – schon in den Fünfziger und Sechziger Jahren in die politische Debatte eingegriffen hatte, nämlich bei der Rolle des Grundgesetzes und der Ausgestaltung der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik durch Klassenkämpfe und soziale Auseinandersetzungen. Hier bleibt zu diskutieren, ob dies nun tatsächlich eine Neu- oder nicht vielmehr eine rückwärtsgewandte Orientierung der Linken am Ausgang der Siebziger war.

Resümierend lässt sich festhalten, dass März schon allein dem Umfang und dem Detailreichtum nach eine durchaus beeindruckende Studie gelungen ist, die Licht in das Dunkel der Jahre 1977 ff. bringt. Über die politische Einschätzung der Bedeutung der einzelnen dargestellten Ereignisse lässt sich sicher streiten. Ein Fortschritt ist es allemal, nicht wie so viele Interpreten dieses Jahrzehnts nur den Dogmatismus der K-Gruppen, die militärische Logik der Stadtguerilla und schließlich die Versöhnung in Form der Gründung der grünen Partei zu sehen.

Gottfried Oy

Hanno Balz / Jan-Hendrik Friedrichs (Hg.), „All We Ever Wanted ...“. Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre, Karl Dietz: Berlin 2012. 266 Seiten. € 14,90

Die militanten Proteste gegen die Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstation am 6. Mai 1980 gehören heute zum Gründungsmythos der autonomen Bewegung. In ihrer Folge erfuhr sie zum ersten Mal breite öffentliche Aufmerksamkeit. Dreißig Jahre später, im Mai 2010, diskutierte deshalb nicht nur Bremens linke Szene ausführlich über die politischen Erfahrungen der 1980er Jahre. Unter dem schlagkräftigen Titel „*This Town Has Gonna Blow ...*“ fand

parallel in der Hansestadt auch eine akademische Tagung zu den Protestbewegungen jener Zeit statt. Ihre beiden maßgeblichen Organisatoren, Hanno Balz und Jan-Hendrik-Friedrichs, haben dieser Tagung nun den Sammelband *All We Ever Wanted* folgen lassen. Er soll, wie es die beiden im Untertitel fassen, einer „Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre“ Konturen verleihen. Der erst beginnenden Untersuchung der 1980er Jahre wollen sie damit kulturwissenschaftliche Impulse geben. Denn eine Aufarbeitung des Jahrzehnts, in dem aus maoistischen K-Gruppen militante Autonome oder friedensbewegte Grüne wurden, müsse vor allem den Bruch mit den gesellschaftlich etablierten Alltags- und Politikpraxen in den Mittelpunkt der Analyse stellen. Nur so lasse sich die transnationale Entwicklung eines neuen Politikverständnisses mit ganz eigenen Artikulationsformen adäquat in den Blick nehmen.

Die beiden Herausgeber zeigen sich in diesem Unterfangen weit weniger emotionsgeladener als ihre akademische Schirmherrin. Inge Marszoleks Distanzierung von „destruktiver Gewaltbereitschaft“ und „utopischem Überschuss“ verleiht ihrem Vorwort den typischen Charakter grüner Geschichtsschreibung. Balz und Friedrichs hingegen rücken das für die 1980er Jahre typische Streben nach Autonomie ganz ohne solche Vorbehalte in den Mittelpunkt ihres Interesses. Dabei begreifen sie die 1980er Jahre als Nischen-, aber auch als Brückenjahrzehnt, dessen Kontinuitäten und Brüche sie mit ihrem Sammelband sichtbar machen wollen.

Einerseits beschreiben sie den Wandel des Verhältnisses der europäischen Protestbewegungen zum Staat als Überwindung des „roten Jahrzehnts“ und der klassischen Moderne. Als gewichtigster Ausdruck hierfür habe das Konzept einer „Politik der ersten Person“ die Vorstellung gesellschaftlicher Entfremdung nicht mehr allein in der Produktionssphäre verortet, sondern auf die gesamte eigene Alltagspraxis ausgedehnt. Nicht mehr soziale Sicherheit, sondern individuelle Selbstbestimmung dominiere das politische Protestprogramm der 1980er Jahre. Andererseits fragen die Her-

ausgeber nach den neoliberalen Antworten des Staates auf die Kritik seiner Bürger_innen und der Bedeutung der damals entstandenen Konzepte von Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung für die Protestbewegungen des 21. Jahrhunderts.

Sechzehn Autor_innen liefern in diesem Sinne Beiträge zu vier Abschnitten. Armin Kuhn und Sebastian Haumann beschreiben gemeinsam mit Susanne Schlegel, Beppe De Sario und Molly O'Brien Castro die Anatomie der Kämpfe um urbane Räume in verschiedenen westeuropäischen Städten und Ländern. Dagmar Brunow, Dominique Rudin und Reinhild Kreis analysieren Beispiele einer oppositionellen Medienpraxis in den Spannungsfeldern von Gegenöffentlichkeit und Dekonstruktion sowie historischen Bezügen und Aktionismus. Patricia Melzer und Mieke Roscher untersuchen Identitätsprozesse innerhalb einer militanten Frauenbewegung und der von Großbritannien ausgehenden Tierrechtsbewegung. Kathrin Stern, Wouter Goedertier und Jan Hansen gehen auf verschiedenen Ebenen der europäischen und noch darüber hinausreichenden Dimension der damaligen Proteste nach.

Trotz des ehrgeizig formulierten Anspruchs, auf diese Weise einen allgemeinen Rahmen um die Neuen Sozialen Bewegungen der 1980er Jahre zu spannen, ist den beiden Herausgebern selbst bewusst, dass sie nur Puzzlestücke versammeln. Zahlreiche Aspekte tauchen nicht oder nur am Rande auf. Hilfreich ist, dass Balz und Friedrichs diese etwa mit den Themen Migration, Arbeitskämpfe und Neue Rechte selbst benennen und auch darüber hinaus für zukünftige Forschungsbemühungen bedeutsame Überlegungen formulieren. Zum Beispiel, wie es um die Vergleichbarkeit von ost- und westeuropäischen Protestbewegungen oder – ganz selbstreferenziell – wie es um das Wechselverhältnis zwischen Protestpraxis und einem davon seit den 1980er Jahren zunehmend entkoppelten Wissenschaftsbetrieb bestellt ist. Über all dem entfalten Balz und Friedrichs die letztlich nicht nur für eine Geschichtsschreibung der 1980er Jahre, sondern auch für gegenwärtige Entwicklungen relevante Frage nach den emanzipatorischen Erfolgen oder Misserfol-

gen im Wechselspiel autonomer Politikkonzepte und darauf folgender neoliberaler Einbindungsstrategien: „*All we ever wanted was everything / All we ever got was cold*“. Ihr Sammelband, erschienen in der „Manuskripte“-Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ist ein differenzierter Beitrag, der die Komplexität dieser Fragestellung erahnen lässt. Auch die einzelnen Beiträge, die zudem vollständig im Internet verfügbar sind, bieten in unterschiedlichem Maße Ansätze, diese wichtige Fragestellung weiter zu systematisieren.

Jan Bönkost

Michael Bakunin, Ausgewählte Schriften, herausgegeben von Wolfgang Eckhardt, Karin Kramer Verlag: Berlin 1995–2011. Band 1: Gott und der Staat, 2009. 162 Seiten. € 14,80; Band 2: „Barrikadenwetter“ und „Revolutionshimmel“. Artikel in der „Dresdener Zeitung“, 1995. 192 Seiten. € 12,50; Band 3: Russische Zustände, 1996. 144 Seiten. € 11,50; Band 4: Staatlichkeit und Anarchie, 2011. 555 Seiten. € 34,80; Band 5: Konflikt mit Marx, Teil 1: Texte und Briefe bis 1870, 2007. 240 Seiten. € 19,80; Band 6 in zwei Halbbänden: Konflikt mit Marx, Teil 2: Texte und Briefe ab 1871, 2011. 1.240 Seiten. € 78,00

Gott und der Staat war bereits 1919 „die am meisten verbreitete und übersetzte Schrift Bakunins“, wie dessen Biograph Max Nettlau damals festhielt (S. 136). Schon die Anfangssätze dieses 1871 verfassten Textes vermitteln einen deutlichen Eindruck von der schwungvollen, mit Gegenüberstellungen, Wiederholungen und kategorischen Aussagen arbeitenden Rhetorik des russischen Revolutionärs: „Wer hat recht, die Idealisten oder die Materialisten? Wenn die Frage einmal so gestellt wird, wird ein Zaudern unmöglich. Ohne jeden Zweifel haben die Idealisten unrecht und nur die Materialisten haben recht“ (S. 33). Band 1 der *Ausgewählten Schriften* dokumentiert außer Bakunins Streitschrift auch Nettlaus Einleitung

zur Ausgabe Leipzig 1919 (S. 125–137), das Vorwort der 1893 in Berlin erschienenen Ausgabe („Zum Austritt aus der Landeskirche“: S. 120–123) sowie Elisée Reclus' Vorwort zur 1882 in Genf erschienenen französischen Erstausgabe (S. 115–119). Eingeleitet wird der Band durch einen zuerst 1970 in englischer Sprache erschienenen Aufsatz von Paul Avrigh (S. 19–31).

Die vier 1849 in der *Dresdener Zeitung* erschienenen Artikel Bakunins, die in Band 2 der *Ausgewählten Schriften* versammelt sind, geben Einblick in Bakunins Positionen zur Zeit von dessen Beteiligung an der Dresdener Mairevolution. Als Einleitung dient ein längerer, erstmals 1936 in der *International Review for Social History* erschienener Aufsatz des marxistischen Historikers Boris Nikolaevskij (S. 23–131). Er entstand im Zuge von Nikolaevskijs Forschungen zu den Beziehungen zwischen Bakunin und den westeuropäischen Revolutionären der 1840er Jahre und rekonstruiert auf detaillierte Weise Bakunins Wirken in Dresden; der Herausgeber Wolfgang Eckhardt bezeichnet ihn als „bis heute die beste Arbeit zum Thema“ (S. 15). Im Anhang von Band 2 finden sich noch zwei weitere Texte aus der *Dresdener Zeitung*: der von Ludwig Wittig verfasste, im Oktober 1848 anonym erschienene Artikel zur Ausweisung Bakunins aus Preußen und Sachsen („Näheres zur Ausweisung Bakunins“: S. 150–153), eines der ältesten biographischen Zeugnisse über den Revolutionär, sowie der im November 1849 ebenfalls anonym erschienene Artikel „Michael Bakunin“, der heute nicht mehr Wittig, sondern dem Kölner Arzt und Mitglied des „Bundes der Kommunisten“ Karl Ludwig Johann D'Ester zugeschrieben wird (S. 154–157).

Auch Band 3 der *Ausgewählten Schriften* hat Bakunins Ideenentwicklung und Aktivitäten im revolutionären Deutschland von 1848/49 zum Gegenstand. Die in diesem Band neu aufgelegte Artikelserie Bakunins, „Russische Zustände. Ein Bild aus der Jetztzeit“ (S. 61–90), erschien erstmals 1849 in Leipzig. Die Artikel stellen dem bereits erwähnten Nikolaevskij zufolge die Quintessenz einer von Bakunin geplanten, aber nicht realisierten „großen Schrift“

über Russland dar (S. 42). Bakunin nahm zur Zeit der Niederschrift von „Russische Zustände“ an, dass eine soziale Revolution in Russland unmittelbar bevorstehe; von dieser Überzeugung ausgehend schildert er die Zustände in Militär und Landwirtschaft und polemisiert gegen Adel, Klerus und Beamtentum. Darüber, inwiefern die Annahme begründet war, gehen die Meinungen auseinander: Einige, wie der russische Historiker B. A. Evreinov, haben sie als Ausdruck eines reinen Zweckoptimismus beschrieben (S. 14); der Herausgeber Eckhardt hingegen hält sie für berechtigt und verweist darauf, dass Bakunins Rede von „Bauernaufständen in Permanenz“ durch die Statistik bestätigt werde (S. 15, 70).

Band 4 der *Ausgewählten Schriften* enthält mit *Staatlichkeit und Anarchie* (1873) „das letzte Werk, das Bakunin geschrieben“ und „vor allem das erste und einzige Buch, das er zu Lebzeiten auch veröffentlicht hat“, so Eckhardt (S. 47; Hervorhebung im Original). Alle anderen Versuche Bakunins, seine Ideen in einem längeren Werk zu systematisieren, scheiterten bekanntlich an „Geldnot“ und „Um-dispositionen“ sowie an einer gewissen „Nachlässigkeit in Publikationsdingen“ (S. 48). *Staatlichkeit und Anarchie* kann als die umfangreichste und geschlossenste Darlegung von Bakunins anarchistischen Prinzipien gelten. Es handelt sich außerdem um ein Werk, das besonders stark von seinem historischen und biographischen Entstehungskontext geprägt ist: von der 1871 erfolgten Gründung des Deutschen Reiches – einem Ereignis, das Bakunin zu heftiger antideutscher Polemik, aber auch zu detaillierten politik- und sozialgeschichtlichen Ausführungen veranlasste – und von dem späten Zerwürfnis des russischen Revolutionärs mit Marx, ohne das wohl jene Passagen, in denen die autoritären Tendenzen des Marxismus und der Sozialdemokratie kritisiert werden, nie in dieser Deutlichkeit formuliert worden wären. Die Übergänge zwischen Bakunins Polemik gegen die Deutschen („Etatisten und Bürokraten, man könnte sagen, von Natur aus“: S. 145) und seinen Spitzen gegen Marx (ein „hoffnungslose[r] Anhänger des Staates“: S. 290) sind fließend. Verstörend ist, wie sich zu diesen beiden *bêtes noires* im-

mer wieder und scheinbar unmotiviert eine dritte Figur gesellt: die Juden. Marx ist Bakunin nicht bloß als Deutscher suspekt, sondern ausdrücklich als „Deutscher und Jude“ (S. 50). Eckhardt weist darauf hin, dass sich Bakunins „antisemitische Ressentiments“ überwiegend in den Jahren 1869–1874 bemerkbar machten, also zur Zeit des Konfliktes mit Marx, und kommt in diesem Zusammenhang auf den „Zeitgeist des 19. Jahrhunderts“ sowie auf „familiäre und sozialpsychologische Einflüsse“ (S. 51) zu sprechen. Eine befriedigende Antwort auf die Frage, „wie ein derart leidenschaftlicher Verfechter von Freiheit und Selbstbestimmung wie Bakunin solch krude Vorurteile kultivieren konnte“, bleibt Eckhardt allerdings schuldig (ebd.).

Ausführlich dargestellt wird in der Einleitung zu Band 4 die Entstehungsgeschichte von *Staatlichkeit und Anarchie*. Nachdem eine Gruppe um den russischen Exilanten Arman Ross im Frühjahr 1873 in der Zürcher Tannengasse eine Druckerei eingerichtet hatte, versprach Bakunin eine längere Schrift (S. 36). Sie sollte an die russische revolutionäre Jugend gerichtet sein, zu der Bakunin im Sommer des Vorjahres Kontakte geknüpft hatte. Im Juli 1872 hatte Bakunin in Zürich die „slawische Sektion“ der Internationale gegründet; das von ihm auf Französisch verfasste Programm (S. 388–391) war einstimmig angenommen worden. In die gleiche Zeit fällt auch die Schlussphase einer im Sommer 1870 begonnenen Kontroverse zwischen Bakunin und Petr Lavrov, bei der es unter anderem um die Frage nach der Notwendigkeit einer geistigen und moralischen Vorbereitung der Revolution sowie eines staatlich organisierten Übergangs zur nachrevolutionären Gesellschaft ging. Bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges brach die Kontroverse ab, und Bakunin nutzte die der Druckerei in der Tannengasse zugesagte Schrift, um seine materialistischen und antistaatlichen Positionen auszuformulieren. Mit dem Satz und dem Druck von *Staatlichkeit und Anarchie* wurde bereits begonnen, bevor Bakunin das Buch zu Ende geschrieben hatte. Erste Schwierigkeiten ergaben sich im August 1873, als es zwischen den Betreibern der Druckerei zum Streit

kam, woraufhin Ross die Arbeit allein fortsetzte. Kurz darauf löste sich die russische Diaspora in Zürich auf. Sie bestand im Wesentlichen aus Studentinnen, unter ihnen auch die spätere *Semla-i-wolja*-Aktivistin Vera Figner. Die russische Autokratie forderte die Studentinnen auf, die Zürcher Universität bis zum 1. Januar 1874 zu verlassen und drohte ihnen mit dem Ausschluss aus allen staatlichen Beschäftigungsstellen, was sich als wirksam erwies. Aufgrund dieser Entwicklung konnten nur die ersten elf Bögen von *Staatlichkeit und Anarchie* in Zürich gedruckt werden; der Rest des Buches wurde, nachdem Bakunin die Niederschrift abgeschlossen hatte, im September 1873 in Genf gedruckt; in der Originalausgabe ist die Veränderung der Drucktypen zwischen den Seiten 176 und 177 zu erkennen (S. 46). Auch die stilistischen Eigenschaften des Buches erklären sich zumindest zum Teil aus seiner Entstehungsgeschichte: Eckhardt weist darauf hin, dass „Bakunin das Manuskript ohne größere Vorarbeiten niedergeschrieben hat, noch dazu in nur vierfünf Monaten und wahrscheinlich ohne jemals Druckfahnen oder ähnliches gesehen zu haben“ (S. 47).

Das fertige, von Ross illegal nach Russland gelieferte Buch fand auch einen prominenten nicht-russischen Leser: Karl Marx, der 1874/75 ein ausführliches Konspekt mit Auszügen und Kommentaren erstellte (nachzulesen in Band 18 der *Marx/Engels-Werke*). Aus dem 1968 im Rahmen einer SDS-Diskussionsgruppe erfolgten Studium des Marxschen Konspekts ging die erste deutsche Übersetzung von *Staatlichkeit und Anarchie* hervor (Berlin 1972). In seinem (bei Eckhardt dokumentierten) Vorwort bezeichnete der Übersetzer Hansjörg Viesel den Marx-Bakunin-Konflikt damals als Ausdruck des „zentrale[n] revolutionsstrategische[n] Problem[s] der modernen emanzipatorischen Bewegungen, *Verstaatlichung* der Revolution durch eine Avantgarde oder Emanzipation aller durch die Zerstörung jeglicher Staatsgewalt im Verlauf der sozialen Revolution“ (S. 437; Hervorhebung im Original).

Die letzten zwei Bände der *Ausgewählten Schriften*, die auf insgesamt 1.480 Seiten ausführliche historische Schilderungen und eine

Vielzahl bislang unübersetzter Dokumente enthalten, dokumentieren und diskutieren den – eng mit dem Niedergang der I. Internationale verbundenen – Konflikt Bakunins mit Marx. Kennzeichnend für die Verlaufsform dieses Konflikts war, dass das von Viesel identifizierte „zentrale revolutionsstrategische Problem“ von persönlicher Polemik überlagert wurde. Aus Eckhardts akribisch recherchierte Darstellung geht deutlich hervor, dass das Ausmaß, in dem Prinzipienfragen personalisiert wurden, vor allem auf das Vorgehen von Marx und Engels zurückzuführen ist.

Bis Ende 1868 fühlten sich Marx und Bakunin einander noch freundschaftlich verbunden. Als Marx jedoch im November 1868 ein Schreiben Johann Philipp Beckers erhielt, in dem dieser um die Aufnahme der von Bakunin, Becker und anderen in der Schweiz gegründeten *Alliance de la démocratie socialiste* in die Internationale ersuchte, kam es zu einer ersten Verstimmung, denn Marx nahm die *Alliance* als Konkurrenzprojekt wahr. Es entspann sich eine Diskussion um einzelne Formulierungen aus den Statuten der *Alliance*, wobei Marxens Kritik sich zunächst gegen die programmatische Forderung nach einer „*égalité des classes et des individus*“ richtete (S. 21). Obgleich Bakunin bestätigte, dass es sich um eine unglückliche Formulierung handle, und obgleich es im Anschluss zu ihrer Revision kam, ließ Marx die Angelegenheit nicht ruhen. Im Juli 1869 eröffnete er eine Diskussion um eine weitere programmatische Forderung aus den den *Alliance*-Statuten: die Abschaffung des Erbrechts. Dabei vermengte er diese Forderung auf diffamierende Weise mit dem Leistungsprinzip Saint-Simons (Eckhardt dagegen sieht, einer Argumentation Antje Schrupps folgend, darin eher den Einfluss feministischer Positionen: S. 53). Anlässlich des Basler Kongresses der Internationale (6.–11. September 1869) weitete Marx seine Kritik zu einem „Bericht des Generalrats über das Erbrecht“ aus, dessen Resolutionsvorschläge allerdings von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt wurden (S. 59).

Mit den Kontroversen um die *Alliance* und ihre Statuten gingen persönliche Angriffe auf Bakunin aus dem Umfeld Marxens einher.

Auf dem Basler Kongress kam es zum Streit zwischen Bakunin und Wilhelm Liebknecht anlässlich der Vorwürfe, Bakunin sei ein russischer Spion und beabsichtige aus panslawistischen Motiven die Spaltung der Internationale; darauf folgten publizistische Angriffe auf Bakunin durch Sigismund Borkheim und Moses Hess (S. 60–78). Wie Eckhardt zeigt, beschränkte Bakunin sich zu diesem Zeitpunkt noch darauf, mit diesen und anderen Personen aus Marxens Umfeld zu polemisieren; Marx selbst lobte er öffentlich als „einen der eminentesten Sozialisten unserer Tage“, obwohl er privat äußerte, dass er damit rechne, sich mit Marx noch unmittelbar „konfrontieren“ zu müssen (zit. S. 79, 81).

Eine neue Eskalationsstufe erreichte der Konflikt mit der von Marx an die französischsprachigen Föderalräte der Internationale versandten *Communication privée*, als deren unmittelbaren Anlass Eckhardt die generalratskritischen Artikel ausmacht, die Paul Robin anonym in der *Égalité*, der Zeitung der Romanischen Föderation der Internationale, veröffentlichte. Marx schrieb die Artikel wider besseres Wissen Bakunin zu, der tatsächlich Redaktionsmitglied der *Égalité* gewesen war, diese Tätigkeit allerdings mit seinem Umzug von Genf nach Locarno im Oktober 1869 eingestellt hatte (S. 82–89, 101). Die in der *Communication privée* enthaltenen Diffamierungen Bakunins, die diesem zunächst unbekannt blieben, stießen bei einzelnen Mitgliedern der Internationale auf Widerspruch. So bezeichnete etwa Eugène Hins, Mitglied des belgischen Föderalrats, den Text in einem Brief vom Januar 1870 als „in höchstem Maße ungerecht“ (zit. S. 92). Das hatte jedoch nur zur Folge, dass Marx „Hins, Faselhans“ in der Folge als „fanatisches Werkzeug“ Bakunins ansah (zit. S. 94).

Ende März 1870 legte Marx mit der „Confidentiellen Mittheilung“ an den Ausschuss (Vorstand) der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Braunschweig nach. Darin kam er auf die Statuten der *Alliance* zurück und bezeichnete sie als „gedankenlose Schwärmereien, ein Rosenkranz von hohlen Einfällen“ (zit. S. 98). Eckhardt merkt an, es sei „charakteristisch“ für Marxens Umgang mit

Bakunin, dass die „Confidentielle Mittheilung“ Bakunins Position nur in „kraß verzerrter Form“ wiedergebe, während „zahlreiche Mutmaßungen und Unterstellungen von Marx“ als „gewährleistete Tatsache“ präsentiert würden. Franz Mehring hat 1918 bereits festgestellt, dass die in der „Mittheilung“ gegen Bakunin erhobenen Vorwürfe „im allgemeinen um so grundloser“ sind, „je belastender sie zu sein scheinen“ (zit. S. 104). Eckhardts Resümee: „Offensichtlich [...] hielt [Marx] es nicht für nötig, sich mit Bakunins Vision eines herrschaftslosen Sozialismus inhaltlich auseinanderzusetzen. Das mit dem Anarchismus formulierte *andere Sozialismuskonzept* begriff Marx schlichtweg als Unsinn“ (S. 98; Hervorhebung im Original).

Die Frage der Aufnahme der *Alliance* in die Internationale war im Juli 1869 dahingehend entschieden worden, dass einzelnen Sektionen der *Alliance* der Beitritt freistand, sofern die *Alliance* als internationale Organisation aufgelöst wurde. Als diese Bedingung erfüllt war und die Genfer *Alliance*-Sektion um Aufnahme in die Romanische Föderation der Internationale ersuchte, wurde diesem Gesuch jedoch nicht nachgekommen. Die sozialrevolutionären Positionen der *Alliance* stießen in der Romanischen Föderation auf Ablehnung, was Eckhardt darauf zurückführt, dass die Föderation zwar nicht numerisch, wohl aber inhaltlich von den wirtschaftlich bessergestellten und parteipolitisch orientierten Handwerkern der sogenannten *fabrique*, das heißt des Goldschmiedehandwerks sowie der Luxusuhren- und Fabrikdosenfabrikation dominiert wurde (S. 35–38). Die innerhalb der Romanischen Föderation zu verzeichnende Ablehnung der mit Bakunin in Verbindung gebrachten atheistischen, anti-bürgerlichen und sozialrevolutionären Positionen verstärkte sich im März 1870, als es in Genf zur Gründung einer (prompt in die Föderation aufgenommenen) „russischen Sektion“ kam, in welcher der mit Bakunin bereits seit längerem verfeindete, von Marx unterstützte Exilant Nikolaj J. Utin wirkte. Kurz zuvor hatte Bakunin allerdings unter den Arbeitern der Jura-Sektion, die unabhängig von ihm anti-parlamentarische Positionen entwickelt

hatten, neue Verbündete gewonnen. Die von Eckhardt auf unterschiedliche Lebens- und Arbeitsverhältnisse sowie auf gegensätzliche Erfahrungen mit der Parteipolitik zurückgeführte Ideendifferenz innerhalb der Romanischen Föderation führte im April 1870 auf dem Föderalkongress in La Chaux-des-Fonds (Kanton Neuchâtel) zur Spaltung. Entgegen den Hoffnungen der *fabrique* und des Kreises um Utin votierte eine (wesentlich aus dem Jura stammende) Mehrheit der Delegierten zugunsten der Aufnahme der Genfer *Alliance*-Sektion, was zu chaotischen Szenen führte und die Delegiertenmehrheit zum Umzug in ein anderes Tagungsort zwang. In der Folge wandten sich die Mitglieder beider Teilversammlungen zwecks Klärung der Angelegenheit an den Londoner Generalrat; dieser bestimmte im Juni 1870 die Gegner der Genfer *Alliance*-Sektion zur legitimen Vertretung der Romanischen Föderation. Dass das in La Chaux-des-Fonds zugunsten der Genfer Sektion abgegebene Votum rechtens war, dürfte dem Generalrat dabei bewusst gewesen sein; Engels hat sich dazu deutlich geäußert (S. 136). Doch hatte die Marginalisierung der mit Bakunin in Verbindung gebrachten Positionen und Personen offenbar Vorrang. Diesem Manöver kam, wie Eckhardt unterstreicht, „grundsätzliche Bedeutung“ zu, denn es ging um die Differenz „der politisch-parlamentarischen und der sozialrevolutionären Richtung“ innerhalb der Internationale (S. 140).

Mit dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges änderte sich die Situation grundlegend. Unter anderem ist um den Beginn des Jahres 1871 ein Strategiewechsels Bakunins zu verzeichnen, so Eckhardt: In seinem Manuskript „Das knutogermanische Kaiserreich und die soziale Revolution“ wick Bakunin der direkten Konfrontation mit Marx erstmals nicht mehr aus. So erwiderte er etwa Marxens Behauptung, „daß die gewaltsame Eroberung Polens durch Rußland eine verderbliche Stütze und die wahre Ursache für die Existenz des Militärregimes in Deutschland und infolgedessen auf dem ganzen Kontinent“ gewesen sei, mit dem Hinweis, „dass Deutschland in sich selbst alle Elemente seiner gegenwärtigen Skla-

verei erzeugt, getragen und geschichtlich entwickelt hat“ (zit. S. 16, 18). Bakunins Kritik an Marx blieb zu diesem Zeitpunkt gleichwohl noch relativ verhalten.

Innerhalb der Internationale wurden 1871/72 zwei grundlegende, von Eckhardt ausführlich erläuterte Kontroversen ausgetragen. Zum einen ging es um die Frage, ob sich die Internationale, vom Bekenntnis zur ökonomischen Emanzipation der Arbeiterklasse abgesehen, zu einem politischen und theoretischen Strömungsp pluralismus bekennen oder aber auf eine bestimmte Doktrin (etwa den „Kommunismus“ im Sinne des *Manifests* von Marx und Engels, also einschließlich der Ziele der Eroberung politischer Macht sowie der Einrichtung einer Übergangsdiktatur) festlegen sollte. (In der Folge sollte diese Frage auch als Alternative zwischen „Zentralismus“ und „Föderalismus“ beziehungsweise zwischen absoluter „Autorität“ des Generalrats und weltanschaulicher und praktischer „Autonomie“ der Sektionen diskutiert werden.) Zum anderen ging es darum, ob die Internationale zur politischen Abstention aufrufen oder aber parteipolitische Bestrebungen fördern sollte. Bakunin favorisierte jeweils die erste, Marx jeweils die zweite Option. In beiden Fällen war es die zweite Option, die sich durchsetzte.

Als es auf der im September 1871 in London abgehaltenen Konferenz des Generalrats zu neuen Angriffen auf Bakunin kam, hatte dies nicht nur die Spaltung der Romanischen Föderation zum Anlass, sondern geschah unter anderem auch im Zusammenhang einer Debatte über die Eroberung der politischen Macht und die Beteiligung am Parlamentarismus. Marx argumentierte, man solle „keineswegs glauben, daß es von geringer Bedeutung ist, Arbeiter in den Parlamenten zu haben“, wobei es ihm nach eigenem Bekunden darum ging, „mit der in Bakunins Programm gepredigten politischen Abstention abzurechnen“ (zit. S. 74). Die pro-parlamentarische Marxsche Position setzte sich in London durch: In der Resolution IX der Konferenz wurde festgehalten, die „Konstituierung der Arbeiterklasse als politische Partei“ sei „unerlässlich für den Triumph der sozialen Revolution“ (S. 682). Das war das faktische Ende des

Strömungsppluralismus in der Internationale, womit Marx recht zufrieden gewesen zu sein scheint. Er äußerte nach der Konferenz, dort sei „mehr geschehn, als auf allen früheren Kongressen zusammen“; den „langvorbereiteten Schlag“ habe er nun „endlich [...] geführt“ (zit. S. 81 f.).

Ausführlich stellt Eckhardt den Protest dar, den die Resolution IX hervorrief: seitens der Kommuneflüchtlinge in der Schweiz (S. 81–99), des belgischen Föderalkongresses (S. 99–110), des im Namen der Neapolitaner Sektion sprechenden Vertrauensmanns von Engels in Italien Carlo Cafiero (S. 126–146) sowie mehrerer spanischer Sektionen (S. 228 f.). Der Protest artikuliert sich unabhängig von Bakunin, wurde diesem von Marx und Engels aber immer wieder zugeschrieben. (Über Marx sollte Bakunin einmal äußern, er sei „persönlich bis zur Verrücktheit. Er sagt *meine* Ideen und will nicht verstehen, daß die Ideen niemandem gehören“: zit. S. 179; Hervorhebung im Original.) Die Kritik des belgischen Föderalkongresses veranlasste Engels zur Veröffentlichung des Artikels „Von der Autorität“; der Protest aus Neapel reizte ihn zu neuerlicher Polemik gegen Bakunin – was in Italien Befremden hervorrief, da der Konflikt dort überhaupt nicht bekannt war (S. 146 f.). Paul Lafargue bemühte sich, im Auftrag von Engels, eine Abgrenzung der spanischen Föderation von Bakunin zu erreichen. Seine Erfolglosigkeit ließ ihn wider besseres Wissen von „*Monita secreta* [geheimen Instruktionen] [...] von der Hand des mysteriösen Papstes von Locarno [d. i. Bakunin]“ sprechen (zit. S. 256; vgl. S. 258).

Knapp ein halbes Jahr später sollte Bakunin seine Strategie zum Umgang mit den Angriffen auf seine Person revidieren: Er versuchte nun nicht länger, die politischen Differenzen zwischen ihm und Marx intern (durch Briefverkehr) zu verhandeln, sondern er trug sie (zunächst durch Artikelveröffentlichungen) an die Öffentlichkeit (S. 294 f.). Anlass hierfür war jedoch nicht nur die Londoner Konferenz, sondern vor allem auch die von Marx und Engels im Frühjahr 1872 verfasste, die Strategie einer Personalisierung politischer Differenzen auf die Spitze treibende Broschüre über die

„Angeblichen Spaltungen in der Internationale“ (die als Dokument des Generalrats mit den Unterschriften all seiner Mitglieder veröffentlicht wurde, obgleich keiner der Mitunterzeichner Gelegenheit gehabt hatte, sie zu lesen: S. 277). Nicht weniger ausschlaggebend dürfte gewesen sein, dass Bakunin nun erstmals von der „Confidentiellen Mittheilung“ erfuhr, denn diese war im Zuge des Leipziger Hochverratsprozesses gegen August Bebel und Wilhelm Liebknecht öffentlich geworden (S. 291).

Sehr deutlich wird in Eckhardts Darstellung dieser Entwicklungen, dass es zwar naheliegt, die prinzipiellen Kontroversen in der Internationale mit den Namen von Marx und Bakunin zu verbinden, damit aber immer Gefahr gelaufen wird, eine Verkürzung vorzunehmen, die letztlich die von Marx gewählte Strategie zum Umgang mit diesen Kontroversen reproduziert. Diese Strategie bestand eben in der Personalisierung des Konflikts. Sie wies darüber hinaus immer wieder – insbesondere in den „Angeblichen Spaltungen“ – verschwörungstheoretische Züge auf und operierte mit nachweislich in Täuschungsabsicht vorgetragenen Verleumdungen. Nicht weniger deutlich arbeitet Eckhardt die Asymmetrie der Herangehensweisen von Marx und Bakunin heraus. Diese liegt darin, dass Marx auf den Ausschluss der Gegenposition aus der Internationale hinarbeitete, während Bakunin nicht etwa seine Theorie an die Stelle der Marxschen zu setzen beanspruchte, sondern gerade gegen eine theoretisch-programmatische Festlegung der Internationale und für einen Pluralismus der Ansätze argumentierte, im Interesse der Einheit und der praktischen Zusammenarbeit: „Man muß die Einheit dort suchen, wo sie ist, und nicht dort, wo sie nicht zu finden ist. Man darf sie nicht in den politischen oder philosophischen Theorien suchen, sondern in dem solidarischen Streben des Proletariats aller Länder nach der materiellen bzw. ökonomischen Emanzipation“ (zit. S. 381). Für Bakunin bedeutete dies: „Wenn die Internationale ihre Mission nicht verraten will, darf sie keine offizielle Lehre annehmen“ (zit. S. 383). Eben dies war jedoch auf der Londoner Konferenz geschehen.

Dass nach dem Konflikt um den Strömungspluralismus auch der um Zentralismus oder Föderalismus im Sinne von Marx entschieden wurde, war, wie Bakunin erkannte, in gewisser Hinsicht nur folgerichtig: „Sobald es [...] eine offizielle Wahrheit in der Internationale gibt, wird eine Regierung zu ihrer Aufrechterhaltung nötig“ (S. 911). Die damit angesprochene Transformation der Internationale wurde auf ihrem erstem Kongress seit dem deutsch-französischen Krieg vollzogen. Wenn als Ort dieses im September 1872 abgehaltenen Kongresses, und zwar wesentlich auf Betreiben von Marx und Engels, Den Haag bestimmt wurde, dann verbarg sich dahinter die Absicht, den Bakunin nahestehenden südeuropäischen Sektionen die Entsendung von Delegierten zu erschweren, was auch gelang. Bei der Herstellung dessen, was der italienische Föderalkongress in Bologna im Folgejahr, einer weitverbreiteten Einschätzung entsprechend, als „fiktive“ Mehrheit bezeichnen sollte (S. 1036), bedienten sich Marx und Engels noch weiterer wenig lauterer Methoden. So statteten sie Personen, auf deren Unterstützung sie bei Abstimmungen rechnen konnten, eilig mit Delegiertenmandaten aus und ließen sich zu diesem Zweck sogar aus verschiedenen Ländern Blankomandate schicken (S. 430–453). Eckhardt spricht von „Manipulationen [in der Geschichte der Internationale bis dahin] nie dagewesenen Ausmaßes“ (S. 431).

Unter diesen Umständen gelang es nicht nur, den Ausschluss Bakunins und seines Mitstreiters James Guillaume aus der Internationale formell zu beschließen und den Artikel 7 der Statuten der Internationale um einen Zusatz (Artikel 7a) zu erweitern, in dem die „Eroberung der politischen Macht“ zur „großen Pflicht des Proletariats“ erklärt, das Ergebnis der Londoner Konferenz also nochmals festgeschrieben wurde (S. 995). Es konnte darüber hinaus auch die 1869 in Basel eingeführte Befugnis des Generalrats bestätigt werden, Sektionen und sogar ganze Föderationen zu suspendieren. Die zuvor in verschiedenen Sektionen und Föderationen der Internationale (unabhängig von Bakunin) vorgetragene Forderung, den Generalrat auf ein bloßes „Zentrum für Korrespon-

denz und Statistik“ zu reduzieren, war damit Makulatur (ganz zu schweigen von der in der belgischen Föderation geführten Diskussion darüber, ob man den Generalrat gänzlich auflösen sollte: S. 267–276). Schließlich wurde, um die Einflussmöglichkeiten der südeuropäischen Föderationen noch weiter und vor allem nachhaltig zu minimieren, der Sitz des Generalrats von London nach New York verlegt.

Damit hatten Marx und Engels ihre Ziele erreicht. Und doch war es ein Pyrrhussieg, jedenfalls wenn man unterstellt, dass die beiden am Erfolg und Fortbestand der Internationale interessiert waren. Das Vorgehen von Marx und Engels in Den Haag wurde nicht nur von den ausgegrenzten südeuropäischen Föderationen und Sektionen verurteilt, die sich in St. Imier zu einem internationalen Gegenkongress versammelten (in der ersten Resolution des „Internationalen Anti-Autoritären Kongresses“ wurden „alle Beschlüsse des Haager Kongresses absolut [zurückgewiesen] und die Machtbefugnisse des von diesem ernannten neuen Generalrats auf keine Weise [anerkannt]“: S. 1102). Auch Teilnehmer des Haager Kongresses wie die Kommunarden Victor Cyrille und Aristide Claris äußerten sich in diesem Sinne (S. 540, 575). Die in der Folgezeit vom New Yorker Generalrat um Friedrich Adolf Sorge verabschiedeten Erklärungen wurden in Europa weitgehend ignoriert (das Föderalkomitee der Juraföderation bezeichnete Sorge und seine Mitarbeiter treffend als „Herrscher ohne Untergebene“: S. 601). In England kam es, wie vorher in New York selbst, zur Spaltung in generalratstreue und generalratskritische Föderationen. Der vom New Yorker Generalrat für September 1873 in Genf einberufene Kongress geriet zum Fiasko und fand innerhalb der internationalen Arbeiterpresse kaum Nachhall; keine drei Jahre später sollte die Internationale (in Philadelphia) ihre Auflösung erklären.

Die Bemühungen von Marx und Engels, ihr politisches Programm in einer zentralistisch verfassten Internationale festzuschreiben und damit pluralistische und föderalistische Ansätze nachhaltig auszugrenzen, endeten also, wie Eckhardt zusammen-

fassend schreibt, in einem „Scherbenhaufen“ (S. 641). Was Bakunin anging, so erklärte er im Herbst 1873 seinen Rücktritt aus dem öffentlichen Leben, was seine verstärkt konspirative Tätigkeit in Italien zum Hintergrund hatte (S. 629). Bereits in einem Brief vom 4. Oktober 1872 hatte er den Konflikt zwischen zentralistischen und föderalistischen Tendenzen für vorübergehend unlösbar erklärt und in diesem Zusammenhang die Einschätzung formuliert, eine zukünftige Lösung sei nur von der „Praxis der sozialen Revolution, große[n] neue[n] geschichtliche[n] Erfahrungen“ und der „Logik der Tatsachen“ zu erwarten (S. 883).

Die Ausführlichkeit, mit der hier auf die letzten beiden, dem Konflikt Bakunins mit Marx gewidmeten Bände der *Gesammelten Schriften* eingegangen worden ist, entspricht nicht nur deren Umfang, sondern auch der Einschätzung des Rezensenten, dass das Hauptverdienst Eckhardts eben in der Darstellung dieses Konflikts liegt. Eckhardts historiographische und dokumentarische Leistung übertrifft an Gründlichkeit und Detailkenntnis alles, was in den letzten Jahren zu diesem Thema veröffentlicht worden ist. Er hat mit dieser Edition einen Beitrag nicht nur zur Historiographie, sondern auch zur politischen Diskussion geleistet, dessen Wert kaum hoch genug zu veranschlagen ist.

Max Henninger

Karl Heinz Roth / Jan-Peter Abraham, Reemtsma auf der Krim. Tabakproduktion und Zwangsarbeit unter der deutschen Besatzung 1941–1944, Edition Nautilus: Hamburg 2011 (Schriften der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts). 576 Seiten. € 39,90

Über die militärischen und ideologischen Aspekte der deutschen Besatzungspolitik auf der Krim während des Zweiten Weltkrieges ist in den letzten zehn Jahren viel geschrieben worden. Die Dar-

stellung von Karl Heinz Roth und Jan-Peter Abraham erweitert den bisherigen Blick jedoch ganz wesentlich. Sie verknüpft bekannte militärische und ideologische Dimensionen der Besatzungspolitik mit sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen zu einer Gesamtgeschichte der deutschen Besatzung auf der Krim, um davon ausgehend die deutsche Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg als Ganzes zu bewerten. Am Beispiel der Tabakproduktion des Reemtsma-Konzerns wird deutlich, wie privatwirtschaftliche und staatliche Interessen in den besetzten Gebieten Europas fast reibungslos ineinander wirkten. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Bedeutung und die Formen unfreier Arbeitsverhältnisse auf der Krim und im Kaukasus.

Die Autoren beginnen ihre Untersuchung über die Tabakwirtschaft auf der Krim mit einer Firmengeschichte des Reemtsma-Konzerns und dessen unternehmerischen Zielen während des Nationalsozialismus. So nutzte die Firma Reemtsma die Expansion in die südliche Sowjetunion dazu, sich aus einer Zwangslage zu befreien, der sie innerhalb des deutschen Reiches ausgesetzt war. Zum einen war die Produktion von Zigaretten wiederholt in Frage gestellt, weil führende Nationalsozialisten das Rauchen beschränken wollten. Zum anderen brach während des Krieges ein Teil der Importe weg, so dass die Produktion gedrosselt werden musste. Regulierungsabsichten und kriegsbedingte Produktionsengpässe forcierten die Unternehmensexpansion. Eine Antwort war die Diversifikation des Zigarettenkonzerns hin zu einem integrierten Konsumgüterkonzern. Die zweite Antwort bildete die Verlagerung der Produktion in die besetzten Länder, da dort weniger Regulierung drohte. Dabei koordinierte sich die Firma mit anderen privatwirtschaftlichen Interessengruppen und kooperierte mit den staatlichen Besatzungsorganen. Es wird deutlich, in welcher Weise sich bei der Ausbeutung der Arbeitskraft der einheimischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten privatwirtschaftliche Interessen und koloniale wie militärische Interessen der deutschen Besatzungsorgane teils deckten, teils widersprachen. Privatwirtschaftliche Unterneh-

men konnten durch geschicktes Taktieren, von der Verschleierung ihres wirtschaftlichen Engagements bis hin zu Bestechung, erheblich von der Ausbeutung der besetzten Gebiete profitieren, auch wenn die Besatzungsinstanzen abweichende Interessen verfolgten.

Die Autoren zeichnen die politischen, wirtschaftlichen und kolonialen Interessen der Nationalsozialisten bezogen auf die südliche Sowjetunion nach und betten diese in die Geschichte der Krim und der Germanisierungspläne ein. Weiterhin werden die militärischen Besatzungsstrukturen und der Kriegsverlauf auf der Krim skizziert. Es wird deutlich, dass letztendlich die militärischen Instanzen entscheidend waren, zumal die Krim in den drei Jahren der Besatzung militärisches Einsatzgebiet blieb. Hiervon profitierte die Firma Reemtsma unmittelbar, weil die Militärs einen großen Bedarf an Zigaretten zur Versorgung der auf der Krim stationierten Truppenverbände (zu Anfang umfassten die Besatzungstruppen 250.000 Personen, zwischenzeitlich sogar mehr als 350.000 Personen) geltend machten und auf den Sachverstand der Tabakexperten der Firma Reemtsma angewiesen blieben. Erstaunlicherweise war die Tabakproduktion sogar unter Kriegsbedingungen effizient genug, um Tabakwaren in das Deutsche Reich zu liefern. Das Militär ermöglichte in weitreichendem Maße den Tabakanbau selbst in Zeiten, in denen andere Prioritäten nahegelegen hätten.

Das Ineinandewirken militärischer, ideologischer und wirtschaftlicher Praktiken in den besetzten Gebieten Osteuropas wird am Beispiel der Krim plastisch und konkret. Bereits bekannt ist die systematische Vernichtungspraxis und Terrorpolitik auf der Krim, der mindestens 67.500 Menschen zum Opfer fielen, darunter wurden „etwa 35.000 aschkenasische Juden, 20.500 Kriegsgefangene, 6.000 zivile Geisel- und Repressalienopfer sowie nichtkombattante politische Gegner, 3.000 Krimtschaken, 2.000 Roma und 1.000 psychisch Kranke ermordet oder dem Hungertod ausgeliefert“ (S. 213). Darüber hinaus wurden 42.000 überwiegend jugendliche Personen zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Die Bevölkerung schrumpfte in den ersten beiden Jahren der Okkupation

von 850.000 auf 700.000 Menschen. Die Besatzungstruppen ernährten sich fast vollständig aus dem besetzten Gebiet und nahmen keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung.

Es ist das Verdienst der Studie, diese bekannten Aspekte der Besatzungspolitik auf der Krim zu einem Gesamtbild der Besatzung zu vervollständigen, in dem sie aufzeigt, in welchem Umfang und auf welche Weise die einheimische Bevölkerung zu unfreier Arbeit für die Besatzungsorgane herangezogen wurde. So mussten von den verbliebenen 700.000 Bewohnern der Krim über 50 Prozent unfreie Arbeit leisten, darunter arbeiteten allein bis zu 30.000 „unter der Regie der Reemtsma-Gesellschaft“ im Tabaksektor (S. 454). Mit einer Politik des Aushungerns brachen die Besatzer in der ersten Phase der Okkupation den zunächst ausgeprägten Widerstandswillen der Bevölkerung und förderten deren Abhängigkeit von den Besatzern. Die Deutschen griffen zur Organisation der unfreien Arbeit im Wesentlichen auf „die vorgefundenen Produktionsstrukturen und Arbeitsregimes der ‚stalinistischen Kommandowirtschaft‘“ zurück, und schalteten in diese eine „kollaborationsbereite Mediatorenschicht“ ein, die sich keineswegs ausschließlich aus den unter Stalin verfolgten Tataren zusammensetzte (S. 455). Im Ergebnis dieser Kontinuität in den Methoden der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft nahmen viele Betroffene ihre Situation nicht als Zwangsarbeit wahr, da sie nichts anderes gewohnt waren (und nach 1945 lange nichts anderes kennenlernten, so dass sie in den Interviews, die im Rahmen des dem Buch zu Grunde liegenden Forschungsprojekts in den Jahren 2002 bis 2006 geführt wurden, weiterhin nicht von Zwangsarbeitsverhältnissen sprachen). Die Studie zeigt, dass Hungerpolitik, die Politik der verbrannten Erde, die Verbrechen von SS und Wehrmacht, die maximale Ausbeutung sämtlicher wirtschaftlicher Ressourcen und die unfreien Arbeitsverhältnisse in den deutsch besetzten Gebieten Europas integrale Bestandteile der deutschen Besatzungspraxis im Zweiten Weltkrieg bildeten.

Deutlich herausgearbeitet werden außerdem die ethnische Zusammensetzung der kollaborierenden Bevölkerung, die Größenordnung und die Bereiche von Kollaboration. Auch die sich verändernden Formen der Kollaboration in den Jahren 1941 bis 1944 in der Tabakwirtschaft, das konkrete Handeln der lokalen Akteure und die ganz unterschiedlichen Motive der Kollaborateure werden thematisiert. Die Kollaboration ermöglichte es den nicht mehr als dreißig Mitarbeitern des Reemtsma-Konzerns auf der Krim, selbst in der Phase der Verbrannte-Erde-Politik noch erhebliche Vorräte abzutransportieren. Insgesamt lässt sich festhalten, dass ohne den Rückgriff auf die Erfahrung lokaler Fachleute und anderer Kollaborateure die Tabakwirtschaft auf der Krim nicht so erstaunlich gewinnbringend gewesen wäre. Das hier angewandte Prinzip des „teile und herrsche“ darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gruppe der Kollaborateure vielfach über keine großen Handlungsspielräume verfügte, wollte sie das eigene Überleben nicht gefährden.

In der knapp zwölf Jahre währenden Erarbeitung ihres Werkes werteten die Autoren nicht allein umfassend die vorhandenen Literatur- und Quellenbestände aus, sie befragten darüber hinaus 300 Überlebende und Angehörige ehemaliger Tabakarbeiterinnen und -arbeiter. Der Ertrag dieser persönlichen Erinnerungen, mit denen der Blick der Betroffenen eingefangen werden sollte, ist im letzten Kapitel des Buches zusammengefasst. Die Erinnerungen legen nahe, dass die in der Tabakproduktion unter deutscher Besatzung eingesetzten Menschen ihre „unfreie Arbeit“ als Fortsetzung von Formen unfreier Arbeit im sowjetischen System wahrnahmen. Der Arbeitsalltag war für die Menschen in hohem Maß von als „normal“ wahrgenommenen Abläufen geprägt, aber auch von Hunger- und Gewalterfahrungen. Zum erlebten Alltag gehörten ein Zwölf-Stunden-Tag in einer Sechstageswoche, aber auch Momente plötzlich einbrechender Gewalt, darunter die Vernichtung von Ortschaften als Repressalie aufgrund von Partisanenaktivitäten. Auch willkürliche Verhaftungen und die Überstellung in Gefangenenla-

ger, die Verschleppung zur Zwangsarbeit nach Deutschland und Rekrutierungen zur Zwangsarbeit für die Wehrmacht waren Teil des Alltags.

Insgesamt wurden 36 Millionen Menschen zu unterschiedlichen Formen der Zwangsarbeit in den besetzten Gebieten herangezogen, neben den 13,5 Millionen zum Reichseinsatz nach Deutschland verschleppten Zivilarbeitern, Kriegsgefangenen und jüdischen „Arbeitsklaven“ (S. 455). Die Autoren möchten mit ihrer Studie die Grundlage für eine „Restitutionsinitiative“ legen, die bisher nicht berücksichtigte Formen der unfreien Arbeit in den deutsch besetzten Gebieten einschließt (S. 459). Mit dieser politischen Forderung beenden die Autoren ihren Beitrag, bei dem die Schilderung der Tabakwirtschaft auf der Krim und im Kaukasus den Dreh- und Angelpunkt bildet, auf dessen Grundlage das Zusammenwirken von wirtschaftlichen, ideologischen und militärischen Interessen bei der Ausbeutung der besetzten Gebiete mit Hilfe unfreier Arbeitsverhältnisse überzeugend herausgearbeitet wird.

Oliver von Wrochem